

Grüner Igger

Jetzt Mitglied bei uns
werden. Testwochen bei
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN!



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Offene Liste Lambsheim

Nr. 13 — Juni 2003

„Eines Tages wird ...“

... der Mensch den Lärm ebenso unerbittlich bekämpfen müssen wie die Cholera und die Pest.“ (Robert Koch, 1843 – 1910)

Weitgehend unbemerkt haben die Vorplanungen für den sechsspurigen Ausbau der A 61 begonnen. Im Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplans 2003 wird der Abschnitt AK Frankenthal – AD Hockenheim als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft – Grundvoraussetzung, dass geplant und gebaut werden darf. Zentrale Einflussgröße dabei: die **vorhergesagte** künftige Verkehrsbelastung. Für den am stärksten belasteten Abschnitt zwischen den Autobahnkreuzen Frankenthal und Mutterstadt mit 66.000 Kfz/Tag und einem Anteil des Schwerlastverkehrs von 26% im Jahre 1998 wird bis 2015 ein **Anstieg** um fast 30% erwartet. Im Widerspruch dazu steht allerdings die vom Statistischen Bundesamt bis 2050 prognostizierte demographische Entwicklung: Es wird ein bundesweiter **Bevölkerungsrückgang** um 25% auf 65 Mio. Einwohner angekündigt, der einschneidende Auswirkungen auf allen Gebieten haben wird.

Im Februar wurde bei der Kreisverwaltung die Machbarkeitsstudie für den A 61-Ausbau vorgestellt. Die geschätzten Baukosten für die 37 km lange Strecke betragen 149 Mio. €. Davon entfallen auf die beidseitige Verbreiterung der Fahrbahn auf 6 Fahrstreifen 84 Mio. €. Für die Erweiterung bestehender LKW-Parkplätze sind 4 Mio. € vorgesehen. Darin enthalten: Die Umgestaltung des Rastplatzes „Auf dem Hirschen“ am Lambsheimer Baggersee, um die Zahl der LKW-Stellplätze weiter zu erhöhen. Immerhin noch 28 Mio. € sind dem Bund Maßnahmen zum Lärmschutz wert.

Immer wieder wurden in der Vergangenheit Schutzmaßnahmen aufgrund der weithin hörbaren Autobahn aufs Tapet gebracht. Nach Vorstellung der Studie ist klar: **Lambsheim wird auf dem Gebiet des Lärmschutzes leer ausgehen!**



Blick auf Baggersee Nachtweide mit „Fischerhütte“ (Bildhintergrund): Gerät Lambsheim beim Ausbau der A 61 endgültig „unter die Räder“?
—Foto: B90/Grüne

Die Maßnahmen werden sich allein auf die Ortslage Heßheim und Teile Speyers beschränken. In den übrigen Streckenabschnitten seien die zulässigen Immissionen nicht überschritten.

Die Folgen für Lambsheim sind gravierend: Eine Mehrbelastung sowohl vom Gesamtaufkommen als auch vom LKW-Anteil her gesehen plus höhere Fahrgeschwindigkeiten bei gleichzeitig ausbleibendem Lärmschutz. Ergänzt durch die geplante „Ortsumgehung Ost“ und den neuen Sportplatz am östlichen Ortsrand, dürfte das Thema „Lärm“ für zahlreiche Lambsheimer zum Umweltproblem Nummer eins werden.

Bundesweit sind bereits heute mehr als 10 Mio. Bürger einer Lärmbelastung durch Straßenverkehr von über 65 dB(A) ausgesetzt. Mehr als die Hälfte aller Bundesbürger fühlt sich durch Straßenlärm belästigt. Dennoch steigen die Belastungen weiter an.

Mitursache ist die abschnittsweise und unabhängige Planung einzelner Straßenprojekte, die nicht nach Lösungen von Verkehrsproblemen sucht, sondern durch politisches Aushandeln und aufgrund regionaler (länderspezifischer) Investitionsschlüssel erfolgt. Nachhaltigkeitsziele sowie wirtschafts- und verkehrspolitische Effizienzziele bleiben

Inhalt:	
„Eines Tages wird ...“	1
Wohin fährt die Bahn?	2
Jetzt Mitglied werden!	3
Nachbetrachtung zur Podiumsdiskussion Windkraft	3
Was lange währt – Landschaftsschutz für d. „Bauernwiesen“	4
Solarwärme JETZT einbauen!	4

dadurch für Einzelprojekte und die Gesamtwirkung im Wesentlichen irrelevant. Exemplarisch kann dies alles seit Monaten am geplanten Ausbau der B 10 verfolgt werden.

Die Verteilung der Projekte auf die Länder geschieht nach dem Gießkannenprinzip (etwa den Kfz-Anteilen entsprechend). Finanz- und Bedarfsplanung bleiben voneinander getrennt. Es werden deutlich mehr Projekte angemeldet und nach lobbyistischen Interventionen der Länder für bauwürdig befunden, als überhaupt finanzierbar sind. Der begrenzende Faktor für Straßenbau war und ist einzig die Knappheit der Finanzmittel im Verhältnis zu einem formal anerkannten Bedarf (Bundesfernstraßenplan). Die Investitionspolitik des Bundes bleibt primär vom Verkehrswachstum gesteuert und nicht von Kriterien einer sinnvollen Verkehrsvermeidungs-, Verlagerungs- u. konsequenten Optimierungsstrategie eines Verbundes **aller Verkehrsträger**.

Mangels umfassender Alternativenprüfung sehen Straßenbaubehörden keinen Grund zu untersuchen, ob nicht der Ausbau anderer Verkehrsträger – z.B. bestehender Eisenbahnstrecken – der sinnvollere und effektivere Weg zur Problemlösung wäre als der Entschluss zum Straßenbau. Es geht eher darum, ein sich selbst verfestigendes Modell des Straßenverkehrswachstums auch für die Zukunft abzusichern.

Steigende Verkehrszahlen sind kein Anlass zum Nachdenken über mögliche Verkehrsreduktionen, im Gegenteil: Die Straßenbauinvestitionen sollen mit jährlich 5,2 Mrd. € abermals auf ein neues Rekordniveau steigen. Anstatt das politische Ziel der Verkehrsvermeidung ernst zu nehmen, wird ein imaginärer (prognostizierter) Strassenverkehr vorab bedient. Während es beim Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel und deren besserer Vernetzung an Geld mangelt, wird gleichzeitig das Verkehrswachstum mit horrenden Summen von Steuergeldern weiter angeheizt.

Was fehlt, ist ein Gesamtkonzept zur Integration der verschiedenen Verkehrsträger und -ströme. Ein Konzept, wie der Güter- und Personenverkehr in unserem Raum über Bahn, Straße, Schiff und Flugzeug aufeinander abgestimmt, wie Geld gespart und Umwelt geschont werden kann. Unter Einbindung **aller** Verkehrsmittel, einer verkehrsoptimierten Siedlungsplanung sowie steuerlichen Impulsen zur Verkehrsvermeidung oder -verlagerung.

Vollmotorisierung und Staugesellschaft sind kein unentrinnbares Schicksal, sondern können bei entsprechendem Willen ohne Qualitäts- und Mobilitätsverlust des Einzelnen drastisch reduziert werden. Wie dies funktionieren kann, sehen wir in der Schweiz: Gegenüber Deutschland wird die Bahn dort dreimal so oft genutzt. Dort hat mit dem Bau des Gotthard-Basistunnels als Herzstück der neuen Eisenbahn-Alpentransversalen die Zukunft schon begonnen. Eine Zukunft, die im Alpentransit-Güterverkehr auf die Schiene setzt und nicht wie bisher auf die Kombination LKW/Strasse.

Die Auswirkungen der verfehlten deutschen Verkehrsplanung werden am Beispiel Heßheims deutlich. Eine Gemeinde, die sich nach Ausbau mit einer mehr als zwei Kilometer langen fast haushohen Lärmschutzwand vor dem anrollenden Verkehrsmoloch wird „verbunkern“ müssen.

Bereits heute ist Rheinland-Pfalz das Bundesland mit dem dichtesten Straßennetz bundesweit. Auf jeden km² Landesfläche kommen 0,96 km Straße – ein fragwürdiger Rekord.

Die abgas-, lärm- und staugeplagte Bevölkerung erwartet innovative Ideen für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft statt immer nur mehr Beton und Asphalt. Dringend notwendige Maßnahmen für Lamsheim sind deshalb:

- eine **umfassende und frühzeitige Bürgerbeteiligung** im Zuge des sechsspurigen Autobahnausbaus der A 61.
- Ein **verbesserter aktiver Lärmschutz**, der sich nicht allein an den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkriterien orientiert.
- Ein **integriertes umweltorientiertes Gesamtverkehrskonzept** zu entwickeln, um fernab von bestenfalls punktuell wirksamen Straßenbauprojekten eine allgemeine Entlastung vom motorisierten Individualverkehr zu erreichen.

Hierfür werden wir uns auch weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen. Konkret vor Ort, auf Kreis- und natürlich auch auf Landesebene.

An Stelle von weiter verkehrsbedingt steigenden Lärmbelastungen, Klimagasemissionen und dem Flächenverbrauch durch Straßenbau brauchen wir endlich ökologisch zukunftsfähige Lösungen. Von einer naturschonenden Optimierung der Verkehrsnetze und Verbesserung des ÖPNV könnten nicht zuletzt auch die Regionen in weit stärkerem Maß als bislang profitieren. Eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ist und bleibt eine Gesamtaufgabe aller. Fangen wir deshalb vor Ort in Lamsheim damit an.

Wohin fährt die Bahn?

Mit dem Motto „Es fährt ein Zug nach ...?“ war die erfolgreiche Auftaktveranstaltung zum Agenda-Prozess in Lamsheim überschrieben. Als ein Ergebnis dieser Veranstaltung hat sich u.a. eine Arbeitsgruppe zum Thema Verkehr (und Umwelt) gebildet. Kaum überraschend, stellt diese Thematik doch fast überall einen Schwerpunkt dar.

Für uns GRÜNE ist beim Thema Verkehr neben der Forderung nach Verkehrsberuhigung und dem Ausbau von sicheren Rad- und Fußwegen die Fortentwicklung des öffentlichen Personenverkehrs von zentraler Bedeutung.

Hier sind in der Vergangenheit für Lamsheim und die Region durchaus Erfolge und Verbesserungen zu verzeichnen gewesen, die sich auch in stetig wachsenden Nutzerzahlen niederschlugen. Zuletzt die Ruftaxiverbindung nach Weisenheim mit Anbindung an die Rhein-Haardt-Bahn, vor allem aber die Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes mit mindestens stündlichen Verbindungen nach beiden Richtungen sind Teil dieser Erfolgsstory. Noch im Herbst anlässlich der Jubiläumsveranstaltung zum 125-jährigen Bestehen der Bahnstrecke Frankenthal-Freinsheim konnte man, was den ÖPNV betrifft, durchaus hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2002 wurde nicht nur ein bis heute sehr kritisch diskutiertes neues

Preissystem der Bahn eingeführt, sondern gleichzeitig wurde von Seiten des Wirtschaftsministeriums Rheinland-Pfalz auch der Bestand und der weitere Ausbau des Rheinland-Pfalz-Taktes in Zweifel gezogen. Und als ob es die Straßenlobby bestellt hätte, häuften sich ab Dezember die Verspätungen und Umsteige Probleme im Bahnhof Frankenthal und trieben so manchem Pendler nicht nur die Zornesröte ins Gesicht sondern gleich in sein Auto zurück, weil er hier hoffen konnte, einigermaßen zuverlässig und zeitlich vertretbar nach Hause zu kommen. Der öffentliche Aufschrei angesichts der Missstände und ein über die Parteigrenzen hinweg reichender Widerstand gegen die Pläne des Wirtschaftsministeriums zeigte glücklicherweise kurzzeitig Wirkung. Beruhigt zurücklehnen sollte man sich in Lamsheim allerdings nicht, sondern wachsam

Jetzt Mitglied werden!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine quicklebendige Partei. Wir wollen wachsen, um grüne Reformpolitik voranzutreiben. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung, denn nur starke Grüne sind ein Garant für ökologische und sozial gerechte Modernisierung.

Unter der Telefonnummer: **0700 GRUENE RLP** (in Zahlen: 0700 / 4 78 36 37 57) sind wir ab sofort rund um die Uhr direkt telefonisch und per Fax erreichbar – egal von welchem Ort aus.

Wenn Sie Informationen zur grünen Politik und unserem Landesverband wünschen, einfach eine @-Mail an: jetzt-mitglied-werden@gruene-rlp.de

Grüne testen – eine Partei im Probe-Abo?

Sie sind sich noch nicht sicher? Dann probieren Sie's mit dem grünen Probe-Abo, der Green-Card. Einfach für drei Monate probenhalber eintreten und sich risikolos umschaun. Wie's funktioniert erfahren Sie unter: www.gruene-testen.de

Oder einfach bei uns direkt vor Ort melden und die Green-Card ausfüllen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Lamsheim, Tel. (06233) 5 62 18, Fax (06233) 50 63 57, @-Mail: ov.lamsheim@gruene.de Wir kümmern uns dann um alles Weitere.

und kritisch die weitere Entwicklung begleiten. Für folgende Punkte werden wir uns hierbei einsetzen:

- Die **Pünktlichkeit** und die **Zuverlässigkeit** der Anschlüsse muss durch Korrekturen im Fahrplan und durch Bereitstellung von technisch einwandfreiem Zugmaterial unverzüglich wieder hergestellt werden.
- Der **Rheinland-Pfalz-Takt** darf nicht eingeschränkt werden, sondern muss im Gegenteil durch Einführung eines Halbstundentaktes noch attraktiver gemacht werden.
- Den **Bau der Flomersheimer Kurve** befürworten wir ausdrücklich, weil mit umsteigefreien Verbindungen nach Ludwigshafen und Mannheim die Nutzung der Bahn zeitlich eine entscheidende Aufwertung erfährt. Die Bedenken des Frankenthaler OB Wieder halten wir in diesem Zusammenhang für nicht nachvollziehbar, da durch Einrichtung eines neuen Haltepunktes mit entsprechender Busverknüpfung auch Frankenthal entscheidend profitieren kann.
- Kurzfristig realisiert werden sollte die **Installation eines Bahninformationssystems** oder von **Lautsprechern im Bahnhof Lamsheim**. Es ist schlicht und einfach nicht nachvollziehbar, dass ein Zugreisender vor 100 Jahren eher eine Information erhalten konnte, wann denn nun mit seinem Zug zu rechnen sei als heute.

Die Gemeinde Lamsheim hat mit dem Bahnanschluss einen entscheidenden Standortvorteil, der bei der Vermarktung der neuen Baugebiete positiv herausgestellt werden kann. Mit attraktiven Verbindungen im Nahverkehr kann die wachsende Belastung durch den Individualverkehr mit Lärm und Umweltzerstörung zumindest eingedämmt werden. Was ganz im Sinne der Agenda 21 wäre!

Jetzt: Testwochen bei den Grünen!

"Auf Du mit Joschka!" - Politik lebt vom Mitmachen. Die Grünen lassen sich jetzt testen - von Ihnen! Ab sofort kann jede/r drei Monate Probemitglied bei den Grünen werden - ganz ohne Risiko. SchülerInnen, StudentInnen und Arbeitslose sogar kostenlos.

Infos zu den Testwochen: www.gruene-testen.de
Infos zu unseren Themen: www.gruene-rlp.de

Info-Telefon: **0700gruenerlp**
eMail: info@gruene-rlp.de



Nachbetrachtung zur Podiumsdiskussion Windkraft

Im vergangenen Oktober veranstalteten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Pro und Contra Windkraft in der Vorderpfalz“. Im vollbesetzten Nebensaal der Gaststätte des TV 1864/04 konnten wir dazu neben zahlreichen Bürgern auch Bürgermeister Erich Eisenbarth und einige Lamsheimer Gemeinderäte begrüßen.

Kerngedanke der Veranstaltung war es, über Möglichkeiten und Grenzen von Windenergieanlagen in den Land-

kreisen Ludwigshafen und Bad Dürkheim zu informieren und zu diskutieren, nachdem bereits einige Bauvorfragen vorliegen. Trotz allen Dissenses in der Sache wollten wir sowohl Gegner als auch Befürworter an einen Tisch holen, um zumindest an diesem Abend das übliche „Fernduell“ zu durchbrechen. So sehr wir mit dem Besucherzuspruch zufrieden sein konnten – mit dem Niveau der Streitkultur einzelner Gegner konnten wir dies nicht. Die Emotio-

nalität, mit der das Thema diskutiert wird, hatten wir erwartet. Dass die Diskussion vom rein Sachlichen mehrfach in das persönlich Diffamierende abglitt, ist bei allem Verständnis dennoch nicht hinnehmbar.

Dass als Ergebnis des Abends beide Seiten auf ihren Positionen beharrten, war zu erwarten. Es wäre auch vermessen gewesen, „höhere“ Ziele als Anspruch zu definieren. Trotzdem hoffen wir, dass der/die ein oder andere neue Erkenntnisse mit nach Hause nehmen konnte.

Die Vehemenz, mit der in den Monaten danach insbesondere im Raum Frankenthal per Zeitung contra Windkraft die Klinge geführt wurde, hat dann aber doch ein wenig überrascht. Über (optischen) Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten, und so ist das Argument der „optischen Beeinträchtigung“ denn auch wenig geeignet, die Kontroverse zu führen. Letztendlich bleibt es jedem

Was lange währt — Landschaftsschutz für die „Bauernwiesen“

Der von uns beantragten Unterschutzstellung des Gebietes „Bauernwiesen“ wurde in der Gemeinderatssitzung im Dezember 2002 mehrheitlich zugestimmt. Über zweieinhalb Jahre mussten ins Land gehen, bevor der Antrag, der mehrfach im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss be-/zerredet worden war, zur Entscheidung in den Rat gelangte.

Dort nun versuchte es ein letztes Mal die FDP mit fadenscheinigen Argumenten eine endgültige Abstimmung zum Kippen zu bringen und beantragte eine nochmalige Zurück-

selbst überlassen, ob er/sie Windenergieanlagen schön oder hässlich findet. Als Ersatzargument aber ausgerechnet eine unzumutbare zusätzliche Lärmbelastung der Region durch solche Anlagen heranzuziehen ist schon etwas grotesk.

Wer die bereits bestehenden Anlagen in Heuchelheim oder Tiefenthal besucht wird feststellen, dass er/sie in wenigen Metern Entfernung nur noch die angrenzenden Autobahnen A 6 und A 61 hört. Sollten Flomersheim oder Eppstein künftig wirklich durch Lärm unbewohnbar werden wie in einem Zeitungsartikel über Windenergieanlagen befürchtet wurde, dann wohl einzig und allein durch den Ausbau der A 61 und die innige Liebe für des Deutschen liebstes Kind: das Auto!

Würde nur halbsoviel Enthusiasmus in den Kampf gegen den drohenden A 61-Ausbau fließen, wie er bislang gegen Windenergie aufgewendet wurde, wäre der Region beim Kampf gegen weiteren Lärm weit mehr gedient.

stellung unseres Antrages. Doch die Mehrheit der Ratsmitglieder unterstützten die Beschlussvorlage der Verwaltung, die unseren Forderungen entsprach.

Es wurde auch Zeit: Bis auf die Gewanne „Lohwiesen“ sind in der Gemarkung Lamsheim bislang keinerlei weiteren Landschaftsschutzgebiete vorhanden. Landschaftsschutz ist gerade in Zeiten, in denen eine Reihe von großräumigen Gebieten in Lamsheim verbaut werden, nicht nur reine Kosmetik, sondern auch ein Beitrag zur Lebensqualität.

Solarwärme JETZT einbauen – höhere Förderzuschüsse!

Seit 1. Februar profitieren Verbraucher von deutlich höheren staatlichen Zuschüssen beim Bau von Solaranlagen. Das Bundesumweltministerium hat die Förderung von Solar Kollektoren auf 125 € je angefangenem m² Kollektorfläche angehoben. Im letzten Jahr hatten neu errichtete Solarwärmeeinheiten eine durchschnittliche Größe von neun m². Eine Anlage dieser Größe erhält damit in Zukunft 1125 € an Fördermitteln. Bislang lag die Förderung bei 92 € je m².

Solkollektoren, die auf Hausdächern errichtet werden, erzeugen durch Sonnenstrahlung Warmwasser und Heizwärme.

Anneli Langhans-Glatt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ein klares Signal zum richtigen Zeitpunkt. Solaranlagen in Verbindung mit moderner Heiztechnik können den Öl- und Gasverbrauch eines Haushalts halbieren. In wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten tragen sie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Handwerksbetrieben vor Ort bei, Kaufkraft verbleibt in der Region“. Hausbesitzer, Pächter und Mieter sollten die Nachrüstung einer Solaranlage jetzt nicht mehr länger verschieben. Denn ab 01. Januar 2004 sinken die Zuschüsse von 125 € auf dann nur noch 110 €. „Nicht permanentes Jammern über steigende und zu hohe Energiepreise ist jetzt angesagt, sondern aktiv und wirksam etwas dagegen zu tun. Solaranlagen bieten Schutz vor explodierenden Energiepreisen durch deutlich geringeren Ver-

brauch von Öl und Gas. Zudem tragen sie zur weiteren dringend notwendigen Verminderung der Abhängigkeit unseres Landes von Erdölimporten aus den Krisenregionen dieser Welt bei“, so abschließend das Ratsmitglied der Grünen.

Bislang verfügen in Deutschland erst vier Prozent der Eigenheimbesitzer über eine eigene Solaranlage.

Wer vom höheren Zuschuss profitieren will, sollte seinen Antrag bis spätestens **15. Oktober 2003** stellen. Weitere Auskünfte erteilen auch die örtlichen Sanitär-Heizungs-Klima-Fachbetriebe.

Das Umweltministerium wird das erfolgreiche Förderprogramm in den nächsten Jahren fortsetzen und der jeweiligen Marktentwicklung anpassen. Die jetzt zusätzlich vergebenen Mittel stammen übrigens aus Einnahmen der Ökosteuer.

Zusätzliche Infos zur Solarwärmeförderung erhalten Sie auch unter: www.solarwaerme-plus.info

Förderanträge für Solarkollektoren können unter www.bafa.de/1/de/service/forms/pdf/energie_eerl_soa.pdf heruntergeladen und beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eingereicht werden [Frankfurter Straße 29 - 35, 65760 Eschborn, Telefon: (06196) 908-625, Fax: (06196) 908-800, E-Mail: solar@bafa.de; Internet: www.bafa.de].